

SPD-Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion  
FDP-Fraktion

Drucksachen-Nr.

**5741/2009-2014**

Datum:

14.05.2013

**An die Vorsitzende des  
Sozial- und Gesundheitsausschusses**

## **Antrag**

| Gremium                                 | Sitzung am | Beratung   |
|-----------------------------------------|------------|------------|
| <b>Sozial- und Gesundheitsausschuss</b> | 14.05.2013 | öffentlich |

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Leistungsverträge ab 2014**

**(Antrag der SPD-, Bündnis 90/Die Grünen- und FDP-Fraktionen vom 14.05.2013)**

### **Beschlussvorschlag:**

In Ausführung bzw. zur Konkretisierung des SGA-Beschlusses vom 10.04.2013 wird das Budget folgender Leistungsverträge ab dem 01. 01. 2014 um folgende Summen reduziert:

1. Der Leistungsvertrag im Bereich des Gesundheitsamtes mit der Hedwig-Dornbusch-Schule um 5.000 €
2. Die Leistungsverträge im Bereich des Amtes für Integration um 14.900 €. Es wird erwartet, dass durch die Verwaltung eine ausgewogene Kürzung unter Einbeziehung aller Vertragspartner erfolgt. Die Verwaltung wird gebeten, eine entsprechende Vorlage zur nächsten Sitzung des zuständigen Haupt- und Beteiligungsausschusses vorzulegen.
3. Wegfall der Finanzierung für Information, Vernetzung, Beratung und Vertretung der Mitgliedsorganisationen beim DPWV in Höhe von 14.600 €
4. Reduzierung der Leistungsfinanzierung der Bürgerwache um 5.000 €
5. Streichung der jeweils neu zu vergebenden Projektmittel für Seniorenarbeit in Höhe von 13.000 €

6. Streichung der im letzten Jahr nicht abgerufenen Mittel für Seniorenarbeit bei der Gesellschaft für Sozialarbeit in Höhe von 28.800 €
7. Reduzierung des Leistungsvertrages bei der Drogenberatung um 50.000 €
8. Reduzierung des städtischen Finanzierungsanteils beim Fahrdienst für Menschen mit Behinderungen aufgrund anzunehmender Ausschreibungseffekte und Einführung einer geringen Eigenbeteiligung bei höheren Einkommen um 25.000 €
9. Einführung einer neuen Förderung bei den Betreuungsvereinen auf ein Zwei-Säulen-Modell in Form einer Basisförderung und gezielter Förderung der Gewinnung ehrenamtlicher Tätigkeit. Reduzierung um 50.000 €
10. Reduzierung des Angebotes an Erziehungs- und Familienberatungsstellen auf das empfohlene Niveau des Landes.  
  
Insgesamt erfolgt eine Reduzierung von ca. 150.000 € kommunaler Mittel (bei der Arbeiterwohlfahrt um ca. 62.000 €, bei der Diakonie für Bielefeld um ca. 56.000 € sowie bei der Gesellschaft für Sozialarbeit um ca. 32.000 €).
11. Reduzierung des Leistungsvertrages mit dem Bunker Ulmenwall um 25.000 €
12. Abbau einer halben Stelle der Schulsozialarbeit bei Lutherschule. Finanzeffekt: 30.000 €
13. Reduzierung der Offenen Kinder - und Jugendarbeit um je eine halbe Fachkraftstelle in den JZ Kamp und Luna sowie in den FZZ Stieghorst und Baumheide. Finanzeffekt: 100.000 €

#### **Begründung:**

Das System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF) zwischen der Stadt Bielefeld und den freien Trägern hat sich seit vielen Jahren bewährt. Es bietet für die Kommune und für die Leistungsanbieter Planungssicherheit über mehrere Jahre.

Trotz schwieriger Haushaltslage wird das Budget der Leistungsverträge in den nächsten drei Jahren um rund 600.000 Euro erhöht. Damit wird erreicht, dass gewachsene Strukturen und Einrichtungen erhalten werden können.

Der Abschluss der Leistungsverträge mit Anbietern der Jugendhilfe und der freien Wohlfahrtspflege bringt auch zum Ausdruck, dass der Ampel-Koalition das Subsidiaritätsprinzip wichtig und Grundlage der Zusammenarbeit mit den freien Trägern ist.“ (vgl. Ampel-Antrag vom 10. 04. 2013)

Wie bereits im Grundsatzbeschluss ausgeführt, muss ein Teil der zu erwartenden Kostensteigerungen, durch die zu erwartenden Tarifsteigerungen und die zu erwartenden Sachkostensteigerungen im Bereich der Leistungsverträge konsolidiert werden.

Die im Beschlussvorschlag aufgeführten Maßnahmen führen zu einer Konsolidierung in Höhe von insgesamt ca. 510.000 €

Im Gegenzug werden alle verbleibenden Leistungsverträge auf der Basis der Finanzierung von 2009 mit einer Laufzeit von drei weiteren Jahren verlängert. Künftige Tarifsteigerungen werden bis zu einer Höhe von 3% p.a. übernommen. Zudem wird eine Übernahme der Sachkostensteigerungen bis zu einer Höhe von 3 % p. a. gewährt.

Die Finanzplanung für 2014, 2015 und 2016 ist dementsprechend rechnerisch und planerisch anzupassen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

**Unterschrift:**

gez.  
**Georg Fortmeier**  
**SPD-Fraktion**

**Unterschrift:**

gez.  
**Lisa Rathsmann-Kronshage**  
**Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion**

**Unterschrift:**

gez.  
**Harald Buschmann**  
**FDP-Fraktion**